

Die Schatten des *Deutschen Herbstes*

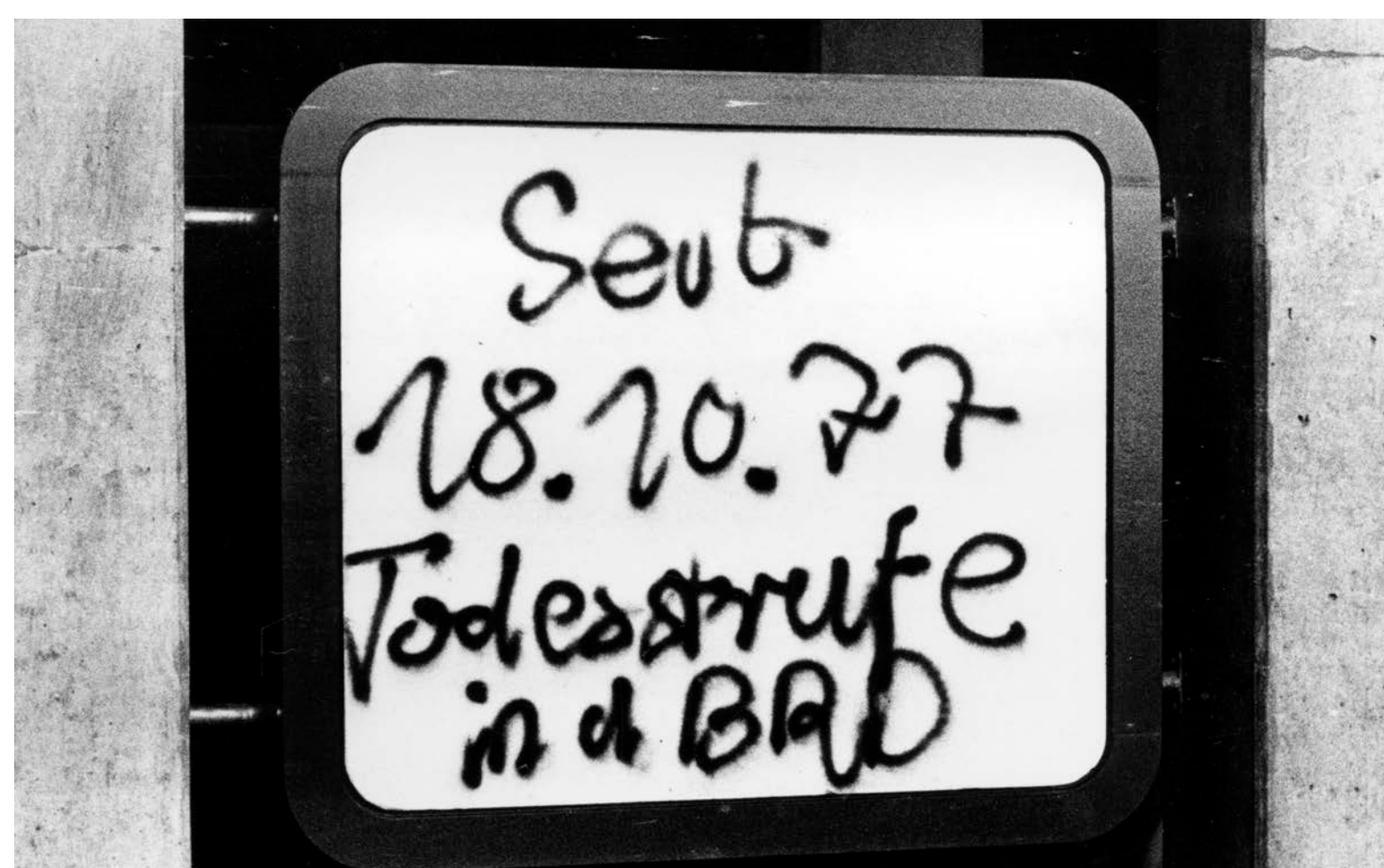
Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus berührte auch die Diskussion über den Terrorismus, welche die politische Kultur der Universität Bielefeld 1977 maßgeblich prägte. Ihren Höhepunkt erreichte die hitzige und polarisierende Debatte durch die Mescalero-Affäre.

Nachdem Generalbundesanwalt Siegfried Buback am 7. April 1977 von Mitgliedern der RAF erschossen worden war, erschien am 27. April in den „Göttinger Nachrichten“, der Studentenzeitung des AStA, ein anonymer „Nachruf auf Buback“. Über seinen Autor – einen „Göttinger Mescalero“, wie er sich selbst in Anlehnung an einen mexikanischen Apachenstamm nannte – war zum damaligen Zeitpunkt lediglich bekannt, dass er der studentischen „Bewegung undogmatischer Frühling“ angehörte. In dem „Nachruf“ beleuchtet der Verfasser seine eigene Reaktion auf die Ermordung Bubacks kritisch. Sie habe zunächst eine „klammheimliche Freude“ in ihm ausgelöst. Letztlich läuft seine Stellungnahme jedoch auf eine Verurteilung von Gewalt und Terror als Mittel der politischen Auseinandersetzung und damit des Mordes am Generalbundesanwalt hinaus.

Als Reaktion auf den Buback-Nachruf fanden am 27. Mai Durchsuchungen des Göttinger AStA und von 17 Privatwohnungen statt. Gegen sechs Studenten wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, wovon jedoch keines zur Verurteilung führte. Die Veröffentlichung des Buback-Nachrufs wurde verboten. Dennoch publizierten ihn Studenten in Göttingen, Braunschweig, Berlin und Düsseldorf erneut.

Eine Gruppe von 48 Intellektuellen entschlossen sich ebenfalls zu einer wiederholten Herausgabe des anonymen Nachrufs. Damit wandten sie sich gegen seine einseitig verzerrende Darstellung in den Medien und wollten der Öffentlichkeit die Möglichkeit geben, sich durch Kenntnis des gesamten Dokuments ein eigenes Bild zu verschaffen. Die Wissenschaftsminister mehrerer Bundesländer (unter ihnen Angehörige sowohl von CDU als auch SPD) verlangten von den Beteiligten die Niederlegung ihres Beamtenstatus und damit ihrer Beschäftigung an den jeweiligen Universitäten.

Formen des politischen Protestes in Bielefeld Ende der 70er Jahre.
Quelle: Stadtarchiv Bielefeld.



Junge Linke jubeln Schily zu **Mitleid mit den Tätern – wer fragt nach Opfern?**

Bielefelder Studenten und der Rechtsstaat



Im Jahr 1977 widmeten die Bielefelder Lokalzeitungen den Ereignissen an der Universität im Rahmen der Diskussionen über den Terrorismus eine Reihe von Artikeln. Mit der obigen Überschrift betitelte das „Westfalenblatt“ am 26. Mai 1977 einen Bericht über den Besuch Otto Schilys. Das Foto zeigt, welche breite Resonanz seiner Person im Auditorium Maximum der Universität entgegengebracht wurde. Quelle: Uniarchiv

Nach dem Killer-Terror von Köln:

Kontroverse zwischen CDU und Bielefelder Professor

Hochschulpolitischer Arbeitskreis fordert Professor Claus Offe auf, sich zu distanzieren

„Neue Westfälische“ vom 13. September 1977.

Prof. Offe soll sich von Morden distanzieren

CDU kritisiert Schweigen Raus und Grotmeyers

„Westfalenblatt“ vom 13. September 1977.

Rau wird den Fall Offe prüfen

„Westfalenblatt“ vom 16. September 1977.

Rau: Die Distanzierung muß ganz eindeutig sein

„Westfalenblatt“ vom 30. September 1977.

Unter den 48 Herausgebern des Buback-Nachrufs befand sich auch der Bielefelder Politik- und Soziologieprofessor Claus Offe. Er war der einzige Beteiligte aus Nordrhein-Westfalen. Hier war es jedoch die CDU, die Offe mit disziplinarrechtlichen Maßnahmen drohte und den nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister Johannes Rau dafür kritisierte, dass er Offes Vorgehen nicht verurteilte.

Sowohl auf Seiten der Presse als auch auf Seiten der Studenten wurden in der Diskussion über den Terrorismus, die durch den Buback-Nachruf in besonderer Weise angeregt wurde, Parallelen zum Nationalsozialismus gezogen. Die Medien sahen in dem anonymen Schreiben und seiner wiederholten Veröffentlichung durch die Studenten fast ausnahmslos eine Verherrlichung von Gewalt und drückten dies in Vergleichen mit dem „Dritten Reich“ aus. Die Studierenden verurteilten die Gewalt der Terroristen als illegitimes Mittel des politischen Protestes. Allerdings kritisierten sie den Umgang der Justiz mit RAF-Mitgliedern als unrechtmäßig und willkürlich. Sie warnten davor, die Terror-Morde von konservativem und rechtsextremistischem Standpunkt aus gegen die Studenten zu instrumentalisieren und sie als Rechtfertigung zur Einschränkung der Meinungsfreiheit zu missbrauchen. Auch die 43 Professoren sahen in dem Veröffentlichungsverbot des Mescalero-Artikels eine unrechtmäßige Beschneidung der freien Meinungsäußerung. Sie verzichteten dabei jedoch auf jegliche Vergleiche mit der NS-Zeit.



Bielefeld. Winfried Keller, PH-Akte-Referent für Öffentlichkeitsarbeit, übergab der NW-Lokalredaktion gestern nachmittag eine Erklärung der Bielefelder ASiAs zum Terrorismus. Wir drucken die Stellungnahme nachstehend vollständig ab:

„Die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASiAs) der Pädagogischen Hochschule, Fachhochschule und Kirchliche Hochschule Bielefeld sehen sich zu einer Stellungnahme zum Terrorismus veranlaßt, da in der jüngsten öffentlichen Diskussion und in den Massenmedien die Hochschulen vielfach als der „Nährboden des Terrorismus“ und Studenten wie Dozenten als „Sympathisanten“ von Gewalttätigen dargestellt wurden.“

Die Bielefelder ASiAs von PH, FH und KHo stellen hiermit klar: wir verurteilen auf das schärfste die Ermordung von Hanns Martin Schleyer sowie alle früheren Morde durch terroristische Gewalttäter. Wir distanzieren uns von denjenigen, welche die Anwendung von Gewalt und Terror propagieren und praktizieren. Gleichzeitig drücken wir unsere Erleichterung über den unsere Ablehnung ist nicht strategisch, sondern prinzipiell.

Hanns Martin Schleyer: war Präsident der Arbeitgeberverbände. Von seiner Funktion her war er unser politischer Gegner, weil sein Denken und Bomben und Entführungen der Terroristen der Roten-Armee-Fraktion weist, Gefahr läuft, als Terrorist oder Sympathisant diffamiert zu werden. „Links“ wird einfach mit „terroristisch“ gleichgesetzt. Der Terrorismus arbeitet objektiv den Reaktionären und Konservativen dafür ein anschauliches Beispiel. Wir ASiAs stehen mit der Sorge um den Abbau von Grundrechten nicht allein und begrüßen in diesem Zusammenhang die Erklärung von MdB Manfred Coppi vor dem Bundestag.

Wenn wir ASiAs die gewaltsamen Methoden der Roten-Armee-Fraktion ohne Einschränkung verurteilen, so sorgen wir uns auch um die näheren Umstände, die zum Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe geführt haben. Im Interesse der Demokratie und um weiteren Gerüchten und Halbwahrheiten entgegenzutreten, verlangen wir umfassende und sofortige Aufklärung über den Tod der drei Inhaftierten. Insbesondere ist unklar, wie Schußwaffen in die Zellen gelangen konnten. Die Behörden in Baden-Württemberg sind der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet, darüber Auskunft zu geben.“

Kein Wenn und Aber zum Terrorismus
Erklärung der Bielefelder Studentenausschüsse

Oben: Ankündigung der Besuche Peter Brückners und Otto Schilys in der Universität Bielefeld im November 1977.
Quelle: Stadtarchiv Bielefeld.
Links: „Neue Westfälische“ vom 22. Oktober 1977.
Unten Mitte: „Neue Westfälische“ vom 28. Oktober 1977

**Es trifft:
Heute
Meinhof
- morgen
Dich!**

So betitelten Studenten im Sommersemester 1976 ein Flugblatt, das Kritik an der in ihren Augen unrechtmäßigen und willkürlichen Haltung der Justiz gegenüber RAF-Mitgliedern übte. Diese wurde laut der Verfasser durch eine schweigende und opportunistische Presse noch begünstigt.

K-Gruppen überstimmten den ASiA:
Bielefelder Studenten wollen Terror-Morde nicht verurteilen
Tiefe Betroffenheit über Abstimmungsergebnisse in der Vollversammlung

Bielefeld (erk-). Mit Mehrheit hat gestern eine Vollversammlung der Studenten an der Universität Bielefeld einen vom ASiA gestellten Ergänzungsantrag, mit dem „aufs schärfste die verwerflichen Morde an Schleyer, Ponto, Bubeck und anderen sowie die Flugzeugentführung verurteilt“ werden sollten, abgelehnt. Der ASiA, dem Vertreter der Juso-Hochschulgruppe, des Sozialistischen Hochschulbundes, des Liberalen Hochschulverbandes und des MSB Spartakus angehören, zog daraufhin geschlossen aus dem Audimax aus.

In dem abgelehnten Antrag des ASiA hatte es ferner geheißen: „Diese Anschläge von Abenteurern und brutalen Gewalttätern haben mit dem Kampf der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten für ihre sozialen und politischen Rechte nicht das Geringste zu tun. Die Terroranschläge sind Provokationen, die den rechtesten und reaktionärsten Kräften in der Bundesrepublik dienen und von ihnen zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas genutzt werden.“

Zuvor hatten die gemäßigteren „Studenten“ bereits eine Abstimmung niedrige geübt, als sie versuchten, eine Resolution durch Streichen eines Halbsatzes wenigstens etwas zu entschärfen. Diese Resolution, die von einigen der sogenannten K-Gruppen nahestehenden oder zuzuordnenden Basisgruppen eingebracht worden war, wurde mit folgendem Wortlaut von der Mehrheit der anwesenden Studenten angenommen: „Auf Grund der bisher ungeklärten Umstände, die zum Tod der Stammheimer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe geführt haben, schließen sich die Studenten der Vollversammlung der Universität Bielefeld den Forderungen der Anwälte Heldmann und Schily nach Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Todes der Gefangenen an. Wir fordern weiterhin, daß die Anwälte von Baader, Ensslin, Möller und Raspe Gelegenheit bekommen, die bei den Zellausschreibungen gefundenen Gegenstände zu überprüfen. Das Leben von Irmgard Möller muß gesichert und ihre freie Aussagegenehmigung vor der geforderten Untersuchungskommission gestattet werden. Wir benutzen diese Resolution, um auch hier unsern scharfen Protest gegen das Kontaktsperregesetz auszudrücken, durch das die Gefangenen außerhalb jeglicher Kontrolle in die Hand der Staatsmacht gegeben worden sind.“

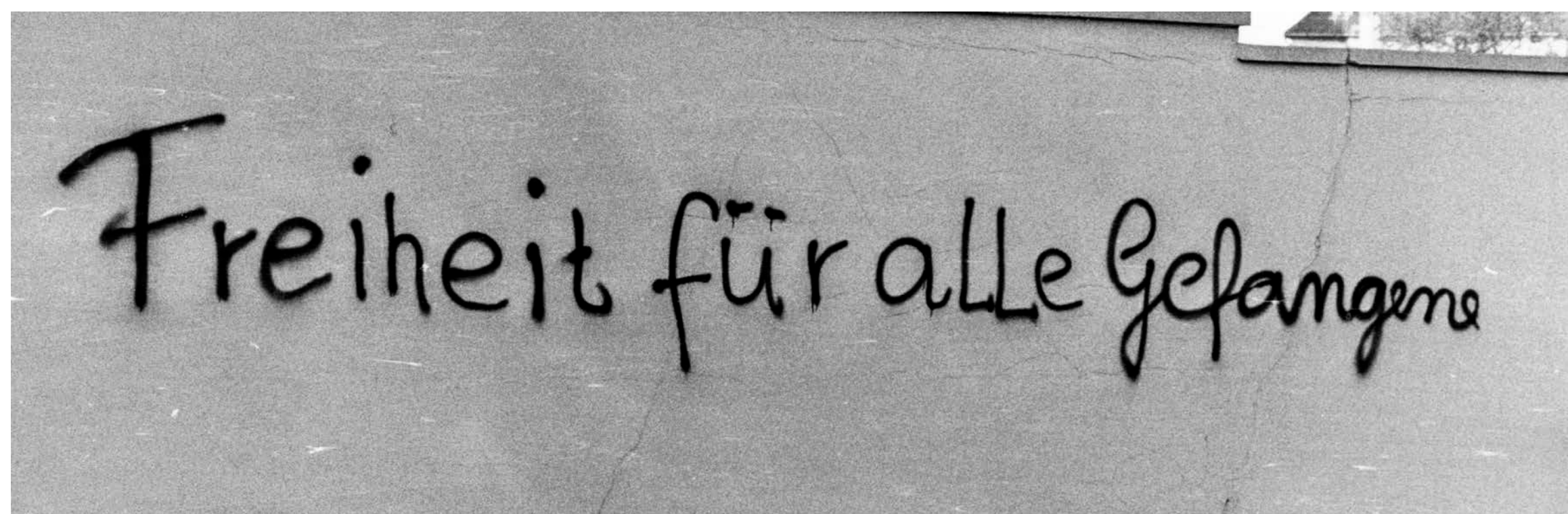
Der Sozialistische Hochschulbund kam nicht mit dem Antrag durch, den letzten Nebensatz (ab: „... durch das die Gefangenen außerhalb jeglicher Kontrolle...“) aus der Resolution zu streichen.

Ursprünglich nahmen 600 von insgesamt 6000 Studenten der Bielefelder Universität an der Vollversammlung teil. Im Augenblick der Abstimmung über die beiden Resolutionen war die Teilnehmerzahl auf ungefähr 200 abgebrochen.

Zweck der Vollversammlung war es laut Flugblatt des ASiA, Solidarität für die Studentenschaft in Baden-Württemberg zu bekunden, wo die verurteilten Studentenschaften (im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen) abgeschafft werden sollen. Die Mehrheit der Studenten ahnte nicht, daß kommunistische Gruppen die Gelegenheit benutzen würden, zu den Vorfällen in Stammheim Stellung zu nehmen. Die Abstimmungsergebnisse haben bereits innerhalb der Universität große Betroffenheit ausgelöst. Wie verlautet, will der ASiA in einer Vollversammlung am 7. November versuchen, die Scharte auszuweiten, indem er den Stammheim-Antrag zu Fall bringt.

Der Kommentar:
Die Freiheit einiger Narren
Von Günter Gerke

Am 29. Oktober 1977 schätzte Günter Gerke die Ablehnung des vom ASiA gestellten Antrags zur Verurteilung des Terrorismus als die Haltung einer studentischen Minderheit ein. Das Abstimmungsergebnis sei demnach auf das politische Desinteresse der breiten Studentenschaft zurückzuführen.



Autorin: Angelika Ibrügger